

Offene Fragen der Geschichte Band 5

Chronik von 1934 bis 1943

Röhm-Putsch,
NS-Gleichschaltung,
Appeasement (Beschwichtigung),
Hitler-Stalin-Pakt,
Zweiter Weltkrieg,
US-Hilfslieferungen für Stalin,
Hitlers Endlösung,
Mitwisserschaft der Deutschen,
Unerwünschte jüdische Emigranten,
Flächenbombardements ...

Band 5/010

Chronik vom 1. Januar 1939 bis zum 25. März 1939

1939

Wer Unrecht ausbrütet, wird es auch fliegen lassen. <i>Wilhelm Raabe (1831-1910, deutscher Schriftsteller)</i>

01.01.1939

NS-Regime: In der Mitarbeiterzeitschrift eines großen deutschen Energieversorgungsunternehmens (EVU) erscheint am 1. Januar 1939 folgender Beitrag: >>Zum neuen Jahr! ...

Hinter uns liegt ein Zeitraum, den wir wohl als den glanzvollsten der deutschen Geschichte bezeichnen können. Wir erlebten die Heimkehr der deutschen Ostmark und die Befreiung des deutschen Sudetenlandes. Die letzten Fesseln des Versailler Schandvertrages sind zerrissen, Deutschland ist stärker, stärker und mächtiger denn je zuvor. ...

Wir können uns unendlich glücklich schätzen, diese Zeit miterleben zu können. Das verpflichtet uns aber, uns der Größe des geschichtlichen Geschehens jederzeit würdig zu zeigen. ... Voll Freude und Dankbarkeit können wir berichten, daß unser Unternehmen auch im vergangenen Jahr seine Leistung steigern konnte und allen Anforderungen gerecht wurde. ...

Wir danken Ihnen für Ihren Einsatz und Ihre Pflichterfüllung und hoffen, daß Sie auch im neuen Jahr ... Ihr Bestes hergeben für das weitere Erstarren unseres Unternehmens und das Wohl der gesamten Wirtschaft. ...

Heil Hitler! ...<<

10.01.1939

NS-Regime: Der SPD-Politiker Ernst Niekisch wird am 10. Januar 1939 wegen Gründung einer Widerstandsbewegung zu einer lebenslänglichen Zuchthausstrafe verurteilt.

24.01.1939

NS-Regime: Herman Göring ordnet am 24. Januar 1939 die Errichtung einer Reichszentrale für jüdische Auswanderung im NS-Reichsinnenministerium an, um die Auswanderung der Juden mit allen Mitteln zu fördern (x138/206).

Nachdem etwa 180.000 wohlhabende Juden das Deutsche Reich verlassen haben (x051/291), halten sich Anfang 1939 noch rund 323.000 Juden im Land auf. Das NS-Regime erhöht zwar unaufhörlich den Druck, um die Juden aus dem Land zu treiben, aber fast niemand ist bereit,

die Heimatlosen aufzunehmen oder sagt ihnen, wo sie leben sollen.

Das NS-Regime und Italien schließen am 24. Januar 1939 einen Vertrag über den Arbeitseinsatz von 37.000 italienischen Landarbeitern in der deutschen Landwirtschaft (x032/500).

30.01.1939

NS-Regime: Das verfassungswidrige NS-Ermächtigungsgesetz vom 24. März 1933 wird am 30. Januar 1939 nochmals bis zum 10. Mai 1943 verlängert.

Hitler kündigt während seiner zweieinhalbstündigen Regierungserklärung vom 30. Januar 1939 bereits indirekt die "Endlösung" an (x244/394-395): >>... In der Zeit meines Kampfes um die Macht war es in erster Linie das jüdische Volk, das nur mit Gelächter meine Prophezeiungen hinnahm, ich würde einmal in Deutschland die Führung des Staates und damit auch des ganzen Volkes übernehmen und dann unter vielen anderen auch das jüdische Problem zur Lösung bringen.

Ich glaube, daß dieses damalige schallende Gelächter dem Judentum in Deutschland unterdes wohl schon in der Kehle erstickt ist.

Ich will heute wieder ein Prophet sein: Wenn es dem internationalen Finanzjudentum innerhalb und außerhalb Europas gelingen sollte, die Völker noch einmal in einen Weltkrieg zu stürzen, dann wird das Ergebnis nicht die Bolschewisierung der Erde und damit der Sieg des Judentums sein, sondern die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa! ...<<

Hitler beendet seine Regierungserklärung mit folgender religiösen Beteuerung (x032/501): >>... Indem wir die Nation in diesem großen Reich in dankbarer Ehrfurcht umfassen, erschließt sich uns der herrliche Reichtum deutscher Geschichte.

Danken wir Gott, dem Allmächtigen, daß er unsere Generation und uns gesegnet hat, diese Zeit und diese Stunde zu erleben!<<

Januar 1939

NS-Regime: Die Geheime Staatspolizei berichtet im Januar 1939 (x268/51-52): >>Alle Beobachtungen während der Septembertage (Sudetenkrise 1938) stimmen darin überein, daß Millionen von Volksgenossen sich ausländischen Nachrichtenquellen zuwendeten. ... In weiten Kreisen des Volkes rückte an die Stelle der rücksichtslosen Vertretung des Rechts und der Ehre der Nation der Wunsch nach Erhaltung des Friedens um jeden Preis.<<

Das NS-Reichsbankdirektorium warnt Anfang 1939 vor den Risiken der zu hohen Staatsverschuldung (x256/132): >>In entscheidendem Maß wird die Währung von der hemmungslosen Ausgabewirtschaft der öffentlichen Hand bedroht. Das unbegrenzte Anschwellen der Staatsausgaben ... bringt die Staatsfinanzen an den Rand des Zusammenbruchs und zerrüttet von hier aus die Notenbank und die Währung. Keine Notenbank ist imstande, die Währung aufrechtzuerhalten gegen eine inflationistische Ausgabepolitik des Staates.<<

Nach dieser Kritik wird Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht (1877-1970) entlassen und die Reichsbank Hitlers persönlicher Befehlsgewalt unterstellt.

01.02.1939

CSR: Die Regierung der CSR ordnet am 1. Februar 1939 die Ausweisung aller jüdischen Emigranten an. Innerhalb von 6 Monaten sollen alle jüdischen Emigranten die CSR verlassen (x138/207).

10.02.1939

Vatikan: Papst Pius XI. stirbt am 10. Februar 1939.

20.02.1939

UdSSR: Der britische Botschafter in Moskau schreibt am 20. Februar 1939 an das britische Außenministerium (x243/69): >>Die Sowjetpolitik (wird nicht) durch ideologische oder moralische ... Erwägungen beeinflusst, sondern ausschließlich durch die unmittelbaren Interessen des Sowjetstaates und seiner gegenwärtigen Herrscher. ...

Die Sowjetregierung möchte jegliches Vorgehen ... vermeiden, das sie in Gegensatz zu

Deutschland bringen könnte. ...

Das erfreuliche Ergebnis eines ... Konflikts (zwischen Deutschland und den Westmächten wäre für sie) der ... Zusammenbruch beider Seiten. ...

Der Zusammenbruch Deutschlands ... würde ... zur Sowjetvorherrschaft in Osteuropa führen. ...<<

21.02.1939

NS-Regime: Das NS-Regime erläßt am 21. Februar 1939 eine Verordnung über die Anmel-
dung und Ablieferung des jüdischen Vermögens (x058/355): >>§ 1 Alle Juden ... haben die in
ihrem Eigentum befindlichen Gegenstände aus Gold, Platin oder Silber sowie Edelsteine und
Perlen binnen zwei Wochen nach dem Inkrafttreten dieser Verordnung an die nach § 14 der
Verordnung über den Einsatz des jüdischen Vermögens vom Dezember 1938 ... vom Reich
eingerrichteten öffentlichen Ankaufstellen abzuliefern.<<

24.02.1939

Ungarn: Ungarn schließt sich am 24. Februar 1939 dem Antikominternpakt (Deutschland,
Italien und Japan) an

Der deutsche Historiker Bernd-Jürgen Wendt schreibt später über "Ungarn" in den Jahren
1939-45 (x051/592): >>(Ungarn) ... Im Zweiten Weltkrieg strebte Horthy außenpolitisch eine
Zusammenarbeit mit Berlin an (24.2.39 Beitritt zum Antikominternpakt, 20.11.40 zum Drei-
mächtepakt, 27.6.41 Kriegserklärung an Moskau und London), innenpolitisch mühte er sich
um eine gemäßigte Linie und um den Schutz der jüdischen Bürger (6 % der Bevölkerung) vor
deutschem Zugriff.

Nach der Kriegswende besetzten am 19.3.44 deutsche Truppen Ungarn als Antwort auf
Horthys fehlgeschlagenen Versuch eines Waffenstillstands mit Moskau. Der "Reichsverwe-
ser" wurde schließlich am 16.10.44 verhaftet und nach Deutschland verbracht; der völlig iso-
lierte Szálasi vollstreckte nun als "Staatsführer" die deutsche Politik, zu der auch die Deporta-
tion der ungarischen Juden gehörte.

Die Sowjets etablierten inzwischen auf besetztem ungarischen Territorium eine provisorische
Regierung unter General von Dálnok und schlossen am 20.1.45 mit Ungarn Waffenstillstand,
dem hinter der Fassade einer nominell aus verschiedenen Parteien bestehenden "Nationalen
Unabhängigkeitsfront" der Aufbau eines von Moskau abhängigen kommunistischen Regimes
durch Rákosi folgte.<<

27.02.1939

Spanien: Am 27. Februar 1939 erkennen Frankreich und Großbritannien das Franco-Regime
an. Nachdem der Widerstand der Republikaner gebrochen ist, fliehen viele Spanier nach
Frankreich ins Exil. Madrid ist die letzte Stadt, die noch von den Republikanern verteidigt
wird.

Februar 1939

Frankreich: Der US-Diplomat William C. Bullit (bis 1941 US-Botschafter in Frankreich)
erklärt bereits im Februar 1939 (x076/255): >>... Wir werden sicher nicht zu Anfang am Krieg
teilnehmen, aber wir werden ihn beenden.<<

02.03.1939

Vatikan: Papst Pius XII. wird am 2. März 1939 zum Papst gewählt.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über "Pius XII." (x051/445): >>Pius
XII. (Ursprünglich Eugenio Pacelli), geboren in Rom 2.3.1876, gestorben Castel Gandolfo
9.10.1958, Papst; 1899 Priesterweihe, ab 1901 im päpstlichen Staatssekretariat, 1909-14 Pro-
fessor an der Diplomaten-Akademie des Vatikans, 1917 Titular-Erzbischof von Sardes und
Nuntius in München, 1920-29 bei der Reichsregierung.

Pius XII. war entschiedener Befürworter und Förderer der Konkordatspolitik von Pius XI. und
federführend bei den Abschlüssen mit Bayern (1924), Preußen (1929), Baden (1932), Öster-

reich (1933). Der wegen seiner langen Jahre in Deutschland später der "deutsche Papst" genannte Pius XII. setzte als Kardinalstaatssekretär (ab 1930) nach den Erfahrungen mit Mussolini in den Lateranverträgen auch im Deutschen Reich auf die autoritäre Karte und ermutigte den Zentrumsvorstand Kaas zu Kontakten mit Hitler. Die Frucht war das Konkordat mit dem Reich vom 20.7.33 und der Verzicht auf politische Betätigung des Klerus.

Obwohl die Hoffnungen, die an dieses Arrangement geknüpft waren, nicht in Erfüllung gingen und der nationalsozialistische Kirchenkampf keine Zweifel am antichristlichen Kurs des Dritten Reiches ließ, blieb Pius XII. bei seiner Einschätzung des Nationalsozialismus als dem kleineren Übel, gemessen am Bolschewismus.

Am 2.3.39 zum Papst gewählt, appellierte Pius XII. vergeblich an die Politiker, einen Krieg zu vermeiden. Mit den Mitteln der Kirche bemühte er sich in der Folgezeit, Verfolgte zu helfen, Kriegsleid zu mildern, Gefangene zu betreuen und Chancen zur Friedensvermittlung zu nutzen (u.a. Knüpfung von Kontakten zwischen dem deutschen militärischen Widerstand und der britischen Regierung 1939/40 und 1943).

Große Erfolge konnte er allerdings nicht erzielen, zumal er spektakuläre Aktionen mied und z.B. trotz genauer Unterrichtung keinen deutlichen Protest gegen den Völkermord der Endlösung wagte, "um größere Übel zu vermeiden" (Brief an den Berliner Bischof Preysing 30.4.43). Diese Haltung prangerte 1963 Rolf Hochhuth in seinem Drama "Der Stellvertreter – Ein christliches Trauerspiel" an.

Selbst zeitweise gefährdet – Himmler regte mehrmals seine Verhaftung an –, begrüßte Pius XII. am 4.6.44 den Einmarsch der Alliierten in Rom. Er war damit wieder im Vollbesitz seiner Handlungsfreiheit und ging an die Festigung der kirchlichen Nachkriegsposition, internationalisierte das Kardinalskollegium, ermutigte die Kirchen in der Dritten Welt und wies in zahlreichen Enzykliken zu ethischen, politischen, sozialen und dogmatischen Fragen kirchliche Wege.

Mit seinem Namen verband sich v.a. die Intensivierung des Marienkults (Dogma der Himmelfahrt 1950) und die eindeutige Hinwendung Roms zur westlichen Welt.<<

08.03.1939

USA: US-Strategen der Marine stellen am 8. März 1939 den überarbeiteten geheimen Kriegsplan (Basic War Plan "ORANGE") gegen Japan vor (x172/134-135): >>... Der Krieg mit ORANGE wird ohne vorherige Ankündigung beginnen, ein Angriffskrieg von langer Dauer. ... ORANGE den Willen der VEREINIGTEN STAATEN aufzwingen, durch Zerstörung von ORANGE-Streitkräften und Zerrüttung von ORANGE-Wirtschaftsleben bei gleichzeitigem Schutz AMERIKANISCHER Interessen im In- und Ausland.<<

12.03.1939

NS-Regime: Nach Konflikten zwischen der Prager Regierung und den Slowaken beschließt Hitler am 12. März 1939 die Zerschlagung der Tschechoslowakei (x041/97).

14.03.1939

Slowakei, CSR: Dr. Tiso (Führer der Slowaken) wird am 14. März 1939 durch Hitler vor die Wahl gestellt, entweder einen "unabhängigen" slowakischen Staat zu gründen oder von Ungarn besetzt zu werden.

Ministerpräsident Josef Tiso (1887-1947, ein überzeugter Hitler-Anhänger, wegen Hochverrat hingerichtet) trennt sich von den Tschechen und proklamiert am 14. März 1939 die Unabhängigkeitserklärung der Slowakei.

Die Slowaken kämpfen schon seit Gründung der Tschechoslowakischen Republik (1919) für die slowakische Autonomie.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Jozef Tiso (x051/580-581): >>Tiso, Jozef, geboren in Velka Bytca 13.10.1887, gestorben in Preßburg 18.4.1947, slowakischer Politiker; zunächst Priester, 1918 Mitbegründer der Slowakischen Volkspartei, 1925 für

sie im Prager Parlament und 1927/28 tschechoslowakischer Gesundheitsminister.

Tiso wurde nach dem Münchener Abkommen am 6.10.38 Ministerpräsident der autonomen Slowakei. Als die Prager Regierung ihn am 10.3.39 für abgesetzt erklärte, stellte er die Slowakei unter deutschen Schutz und proklamierte am 14.3.39 ihre Unabhängigkeit.

In der Folge wurde Tiso, ab 26.10.39 Staatspräsident, zum willigen Erfüllungsgehilfen Berlins, trat Dreimächte- wie Antikominternpakt bei, stellte Truppen für den deutschen Rußlandfeldzug und wehrte sich nicht gegen die Einbeziehung seines Landes in die Endlösung der Judenfrage. Beim slowakischen Aufstand vom August 44 förderte er die Unterdrückungsmaßnahmen der SS, floh am 5.4.45 nach Westen, geriet in alliierte Haft und wurde an die Tschechoslowakei ausgeliefert.

Im Dezember 46 angeklagt, wurde Tiso wegen Hochverrats zum Tod verurteilt und hingerichtet.<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1957 über die Siedlungsgebiete und Bevölkerungszahl der Slowakei-Deutschen (x004/147-153):

>>... Die Slowakische Volkspartei, deren Vorsitz nach dem Tode Hlinkas am 16. August 1938 Dr. Josef Tiso übernahm, hatte seit der Gründung der Tschechoslowakischen Republik für die slowakische Autonomie gekämpft, ohne eine Loslösung von der CSR zu erstreben. Während der Sudetenkrise nützte sie die für ihre politischen Ziele günstige innen- und außenpolitische Situation und erreichte kurz nach dem Münchener Abkommen die Anerkennung der slowakischen Autonomie.

Das autonome Land und seine von Dr. Tiso gebildete Regierung wurden allerdings bald vor schwierige politische und wirtschaftliche Probleme gestellt, da Ungarn die vorwiegend von Madjaren bewohnten südlichen Gebiete der Slowakei beanspruchte und diese - d.h. das furchtbare Karpatenvorland - auf Grund des I. Wiener Schiedsspruches (2. November 1938) abgetreten werden mußten.

Außerdem fielen nach langwierigen Verhandlungen des deutsch-tschechoslowakischen Ausschusses die beiden vor Preßburg gelegenen Orte Engerau und Theben an Deutschland. Um so stärker trat jetzt die Aktivität der um die Erhaltung des slowakischen Kerngebiets besorgten slowakischen Autonomisten hervor. Die gegen den tschechischen politischen Einfluß gerichteten Maßnahmen der autonomen Regierung führten schließlich zur Absetzung Tisos durch Staatspräsident Hacha am 10. März 1939.

Unter unmittelbarer Einflußnahme des Dritten Reiches, das zu einer Zerschlagung der Resttschechoslowakei entschlossen war, und um eine Aufteilung der Slowakei unter die Nachbarstaaten zu verhindern, beschloß der slowakische Landtag am 14. März 1939 die Ausrufung der Slowakischen Republik. Durch den Vertrag vom 18. März 1939 unterstellte sie sich dem Schutz des Deutschen Reiches.

So maßgeblich der Einfluß des Dritten Reiches auf dieses Geschehen gewesen ist, so bleibt doch unverkennbar, daß der neue Staat zum damaligen Zeitpunkt von der Mehrheit der politisch interessierten slowakischen Volksschichten befürwortet wurde.

Die Gewißheit einerseits, daß das zahlenmäßig so geringe deutsche Volkstum den Bestand des Staates nicht gefährdete, die Slowakei andererseits den ungarischen Annexionsansprüchen nur durch eine enge Anlehnung an das Deutsche Reich begegnen konnte, bestimmte die ausgesprochen deutschfreundliche Politik der slowakischen Regierung. Das von der Hlinka-Partei bereits zur Zeit der Autonomie eingeführte totalitäre Regime bildete eine weitere Basis für ein deutsch-slowakisches Einvernehmen.

Unter dieser gewandelten innen- und außenpolitischen Konstellation vollzog sich der Umbau der politischen Organisation des Slowakeideutchtums: denn eine der ersten Maßnahmen der autonomen slowakischen Regierung war die Aufhebung des Verbots der Karpatendeutschen Partei, die nun unter Volksgruppenführer Franz Karmasin nach nationalsozialistischem Vor-

bild mit enger Anlehnung an die totalitäre Hlinka-Partei organisatorisch und ideologisch als "Deutsche Partei" (DP) umgestaltet und ausgebaut wurde.

Alle noch bestehenden deutschen Verbände und Vereinigungen (Deutscher Kulturverband, Sport- und Jugendvereine, Gewerkschaften usw.) wurden der "Partei" eingegliedert, die damit "den Charakter einer einheitlichen Volksorganisation annahm". Die Zugehörigkeit zur deutschen Volksgruppe bedeutete also zugleich Mitgliedschaft bei der Deutschen Partei.

Von ausschlaggebender Bedeutung war dabei das durch den Regierungsbeschluß vom 10. Oktober 1938 geschaffene "Staatssekretariat für die Angelegenheiten der deutschen Volksgruppe in der Slowakei", das Volksgruppenführer Karmasin noch am gleichen Tage übernahm. Die Befugnisse der deutschen Volksgruppe wurden noch durch die Erklärung des Ministerpräsidenten Tiso vom 27. November 1938 anlässlich der Vorsprache von Vertretern der Volksgruppe unter Führung Karmasins erweitert und schließlich in der Verfassung der Slowakischen Republik vom 21. Juli 1939 verankert.

Die starke verfassungsrechtliche Position, die die Volksgruppe auf diese Weise erhielt, benützte ihre Führung zur vollständigen organisatorischen Zusammenfassung der deutschen Minderheit in der Deutschen Partei und in ihren zahlreichen Organisationen. Zugehörigkeit zur Deutschen Volksgruppe war nur über die Mitgliedschaft in der Partei oder ihren Gliederungen möglich, die damit den Charakter einer Zwangsorganisation annahm.

Ihr Aufbau wurde unter dem Einfluß der für die ideologische und politische Lenkung der deutschen Volksgruppen geschaffenen reichsdeutschen Dienststellen nach dem Schema der reichsdeutschen NS-Organisationen und der Partei- und Verwaltungshierarchie vollzogen. Das Ergebnis dieser Entwicklung war eine durch die Partei einheitlich organisierte Volksgruppe, die auf politischem, kulturellem und wirtschaftlichem Gebiet eine weitgehende Selbstverwaltung besaß.

Trotz der einheitlichen äußeren Organisation kann man aber keineswegs auch von einer entsprechenden inneren Geschlossenheit der Volksgruppe sprechen. Die bis zum Einbruch des Nationalsozialismus vorwaltende unpolitische Einstellung des Slowakeideutschtums, seine konfessionelle Spaltung, aber tiefe religiöse Gebundenheit wirkten retardierend auf die Verbreitung nationalsozialistischen Ideenguts.

Das deutsche Luthertum in der Slowakei, das den langgehegten Wunsch nach einer eigenen kirchlichen Organisation verwirklichen und 1939 die Deutsche Evangelische Kirche Augsburgischen Bekenntnisse (A. B.) in der Slowakei errichten konnte, wehrte sich gegen die vom Dritten Reich propagierte Gleichschaltung der Kirche im nationalsozialistischen Sinne durch die "Deutschen Christen". Nach der Umwandlung der Konfessionsschulen in Gemeindeschulen erhoben die katholischen Bischöfe Bedenken gegen diesen von der Volksgruppe eingeführten Schultypus.

Daneben ließ aber auch die durch eine jahrhundertelange Entwicklung bedingte heterogene volkstumpolitische Struktur der deutschen Minderheit eine den neuen politischen Grundsätzen entsprechend einheitliche geistige Ausrichtung nicht zu.

Unter den Funktionären der Volksgruppe befand sich zwar eine Reihe überzeugter Nationalsozialisten, doch bei einem großen Teil der in der bisherigen Volkstumspolitik stehenden Kräfte und der deutschbewußten Schicht war es die für das Deutschtum günstige äußere Entwicklung, die sie mit der Identität von Minderheitszugehörigkeit und Parteizugehörigkeit sich abfinden ließen, zumal der totalitäre Staat eine Betätigung außerhalb der Volksgruppe, d.h. der Deutschen Partei, nicht zuließ.

Im übrigen versuchte eine nicht unbeträchtliche Zahl von Minderheitsangehörigen lediglich mit praktischem Sinn, Vorteile aus der Mitgliedschaft zu ziehen. Diese Vorteile fielen für den einzelnen Volksdeutschen durchaus ins Gewicht. Neben der kulturellen Betreuung - Einrichtung und Erhaltung von Grund- und höheren Schulen, Ausbildungserleichterung - waren es

vor allem soziale Vergünstigen, die die Zugehörigkeit zur deutschen Volksgruppe erstrebenswert erscheinen ließen.

So wird es verständlich, daß ein großer Teil auch des schwebenden Volkstums, also der magyarisierten und vor allem slowakisierten Deutschen, sich bereitwillig zur Aufnahme in der Deutschen Partei meldete.<<

Der deutsche Historiker Bernd-Jürgen Wendt schreibt später über die "Slowakei" (x051/541):
>>Slowakei, bis 1939 Teil der Tschechoslowakei, danach bis 1945 südlicher Nachbarstaat des Deutschen Reiches mit 38.000 km² und rund 2,6 Millionen Einwohnern (1940).

Die Slowakei erhielt nach dem Münchener Abkommen die Autonomie (6.10.38) und erklärte in Absprache mit Berlin am 14.3.39 ihre Unabhängigkeit unter (Minister-)Präsident Tiso. Durch "Schutzvertrag" vom 18.3.39 wurde sie ein in einer westlichen "Schutzzone" von deutschen Truppen besetzter, formal souveräner "Schutzstaat" mit enger außen-, militär- und wirtschaftspolitischer Anlehnung an Deutschland, das mit ihr ein "Modell" für die geplante nationalsozialistische Neuordnung Europas vorzeigen wollte. Die Verfassung vom 31.7.39 war eine Verbindung autoritär-katholischer und ständestaatlicher Prinzipien mit denen einer Präsidialdemokratie.

Anerkannt von Italien, der Schweiz, Schweden, Spanien, Polen, der Sowjetunion (bis 1941) und de facto sogar von den Westmächten, führte die Slowakei zunächst noch ein schmales politisches Eigenleben, geriet aber zwangsläufig in immer stärkere Abhängigkeit vom Deutschen Reich: 24.11.40 Beitritt zum Dreimächtepakt, 25.11.41 zum Antikominternpakt nach Kriegserklärung an die UdSSR (24.6.41) und Stellung von Truppen für den Rußlandfeldzug. Schließlich verlor die Slowakei auch innenpolitisch jeden Spielraum: Anfangs noch Refugium für politisch und – trotz Judenstatut vom 10.11.41 – rassisch Verfolgte, wurde sie 1942 in die Endlösung einbezogen.

Ein Aufstand gegen die Deutschen bei Herannahen der Roten Armee im September/Oktober 44 wurde von Wehrmacht und SS erstickt. Im Mai 45 proklamierte ein slowakischer Nationalrat wieder die Zusammengehörigkeit mit dem tschechischen Volk und Staat.<<

Ungarn: Die Karpaten-Ukraine wird seit dem 14. März 1939 durch ungarische Truppen besetzt (x041/97).

15.03.1939

NS-Regime: Die Unterredung zwischen Hitler und dem tschechoslowakischen Staatspräsident Hácha vom 15. März 1939 ergibt folgendes Ergebnis (x243/67): >>... Der Führer habe den Befehl gegeben zum Einmarsch der deutschen Truppen und der Eingliederung der Tschechoslowakei ins Deutsche Reich. ...

Es gäbe zwei Möglichkeiten.

(1.), daß sich das Einrücken der deutschen Truppen zu einem Kampf entwickelt. Dann wird dieser Widerstand mit allen Mitteln gebrochen.

(2.), daß sich der Einmarsch der deutschen Truppen in erträglicher Form abspielt, dann würde der Tschechoslowakei ein großzügiges Eigenleben, ... Autonomie und eine gewisse nationale Freiheit (gegeben werden). ...

Käme es morgen zum Kampf, ... (würde) die gutausgerüstete tschechische Armee in zwei Tagen nicht mehr existieren. ... Um 6 Uhr würden die Truppen einmarschieren.

Hácha sagt, daß für ihn die Situation völlig klar und daß hier jeder Widerstand sinnlos sei. ...<<

CSR: Die Tschechoslowakei wird nach der Zustimmung des tschechoslowakischen Staatspräsidenten Hácha am 15. März 1939 kampflos besetzt ("Prager Coup"), weil die gutausgerüstete tschechoslowakische Armee keinen Widerstand leistet und sofort bedingungslos kapituliert.

Nach dem Einmarsch der deutschen Truppen geraten etwa 13.000 deutsche Antifaschisten und 20.000 Juden, die aus dem Deutschen Reich und dem Sudetenland in die CSR geflohen sind,

in große Gefahr (x032/513).

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Emil Hácha (x051/233-234):
>>Hácha, Emil, geboren in Trhové Sviny 12.7.1872, gestorben in Prag 27.6.1945, tschechoslowakischer Politiker.

Hácha wurde 1925 zum 1. Präsident des Obersten Verwaltungsgerichts der Tschechoslowakei ernannt und als Nachfolger und Gegner von Benes am 30.11.38 Staatspräsident der CSR.

Er schloß am 15.3.39, von Hitler massiv unter Druck gesetzt, mit dem Deutschen Reich einen Protektorsvertrag und wirkte bis 1945 als Marionetten-Präsident des Protektorats Böhmen und Mähren. Nach dem Einmarsch der Roten Armee wurde Hácha als Kollaborateur verhaftet und im Gefängnis, noch vor einem ordentlichen Verfahren, getötet.<<

Der deutsche Historiker Bernd-Jürgen Wendt schreibt später über die Zerschlagung der "Tschechoslowakei" (x051/588-589): >>(Tschechoslowakei) ... Erst die Weltwirtschaftskrise mit ihren verheerenden Auswirkungen v.a. auf die exportabhängige Klein- und Mittelindustrie im Sudetenland und besonders die offenkundigen Ermunterungen für die deutschen und ungarischen Minderheiten durch die nationalsozialistische Propaganda nach 1933 (u.a. Sudeten-deutsche Partei) führten zu wachsenden innerstaatlichen Spannungen.

Als Mittel zur "Zerschlagung" der Tschechoslowakei von Berlin aus seit Mai 38 ständig geschürt und von Prag nicht durch rechtzeitige Zugeständnisse aufgefangen, eskalierten sie in der Sudetenkrise und fanden eine vorläufige Lösung im Münchener Abkommen.

Obwohl sich die sogenannte 2. Republik der nunmehrigen Tschechoslowakei (Oktober 38/14.3.39) nach erheblichen Gebiets- (rund 42.000 km²) und Bevölkerungsverlusten (rund fünf Millionen) und Autonomie für die Slowakei und die Karpato-Ukraine vollständig dem Willen Berlins unterwarf (Vorgehen gegen die Juden, Umbildung der Parteien, Sonderrecht für deutsche Emigranten), mußte Staatspräsident Hácha am 14.3.39 den Erpressungen Hitlers weichen:

Unter dem Vorwand der Selbstaflösung des Staates (14.3.39 in Berlin diktierte Unabhängigkeitserklärungen der Slowakei und der Karpato-Ukraine) besetzte die Wehrmacht am 15.3. die "Resttschechei"; am 16.3. unterzeichnete Hitler auf der Prager Burg den "Erlaß über das Protektorat Böhmen und Mähren".

Völkerrechtlich existierte die Tschechoslowakei in der von Großbritannien, den USA, der UdSSR und de Gaulle anerkannten Exilregierung in London unter Benes weiter. Sie betrieb mit Erfolg und in enger Zusammenarbeit mit Moskau (12.12.43 Freundschafts- und Beistandsvertrag) die Ungültigkeitserklärung des Münchener Abkommens, die Vorbereitung der Vertreibung der Sudetendeutschen 1945/46 (2,3 Millionen) und die Pläne für eine politisch-gesellschaftlichen Neuordnung nach dem Krieg.

Nach einem Aufstand in Prag kurz vor dem deutschen Zusammenbruch (5.-7.5.45) kehrte Benes in die wiedererstehende Tschechoslowakei zurück. Die folgende kommunistische Macht ergreifung und damit das Ende des tschechoslowakischen "Mittelweges" vermochte er nicht abzuwenden.<<

Obwohl auch die Besetzung der Tschechoslowakei am 15. März 1939 kampflos und ohne Blutvergießen vonstatten geht, reagiert die Mehrheit der deutschen Bevölkerung erstmalig betroffen. Eine Kriegsstimmung oder ein "Kriegsfieber" wie im Jahre 1914 gibt es nicht. Die allgemeine Stimmung der Deutschen ist jetzt ganz anders.

Nirgends herrscht Hochstimmung und Jubel, sondern überall registriert man nur große Beklommenheit und Besorgnis. Für Hitler, der bei den Siegesfeiern in Berlin jubelnde Kriegsbegeisterung erwartet hat, verläuft die Siegesparade völlig enttäuschend, denn die meisten Berliner stehen schweigend am Straßenrand. Größtenteils jubeln nur die abkommandierten bzw. "hauptamtlichen" NS-Fanatiker. Hitler tobt: "Mit diesem Volk kann ich noch keinen Krieg führen!"

Die Sozialdemokraten berichten später in einem Schreiben an den Exilvorstand der SPD über die Reaktionen der deutschen Bevölkerung (x149/93): >>1. Allem voran steht naturgemäß ein neuer großer Prestigegewinn Hitlers. Die Überzeugung, daß dem "Führer" alles gelinge und daß die "anderen" immer wieder vor der Übermacht Deutschlands kampfflos zurückweichen, hat bei den primitiven Menschen neue Nahrung gewonnen.

2. Nicht gering ist aber auch die Zahl derjenigen, die diesem Gewaltstreich mit derselben dumpfen Gleichgültigkeit begegnen, die schon nach München vielfach zu beobachten war. ...

3. Eine dritte Gruppe stellt kritische Überlegungen an, wie die Einverleibung der "Tschechei" mit den früheren Versicherungen Hitlers in Einklang zu bringen ist, daß es ihm nur auf die "Befreiung unterdrückter deutscher Minderheiten" ankomme; sie erkennt, daß hier zum ersten Male der neue deutsche Imperialismus weithin sichtbar zu Tage getreten ist.

4. Weit verbreitet – und auch den unkritisch Begeisterten oder stumpf Gleichgültigen nicht fremd – ist schließlich die Sorge, daß Deutschland mit dem neuesten "Sieg" der großen kriegerischen Auseinandersetzung und damit der abermaligen Niederlage wieder um einen Schritt näher gerückt ist.<<

Der deutsche Prof. Hugo Andreae schreibt später über die Besetzung der Rest-Tschechoslowakei (x076/238): >>... Seit dem September 1938 kennt man in der Sprache der Politiker den Begriff eines "München". Man versteht darunter die vermeintliche Rettung des Friedens, indem man vor den Forderungen einer diktatorischen Macht zurückweicht, während man in Wirklichkeit den Eroberungswillen des Diktators ermuntert.

... Die militärischen Führer Deutschlands waren damals zu einem Putsch gegen Hitler entschlossen. Führende Generäle, an ihrer Spitze der Chef des Generalstabes Beck, sahen in Hitlers Plänen den Zweiten Weltkrieg und die Vernichtung Deutschlands. Die Gegenaktion sollte mit der Verhaftung Hitlers und der Machtübernahme durch das Militär am Tage der Kriegserklärung einsetzen. Das Münchener Abkommen zerschlug die Pläne der Verschwörer ...

Schon am 15.03.1939 erfolgt der Schlag Hitlers gegen die Rest-Tschechoslowakei. ... Am 16. März verkündet Hitler in Prag das "Protektorat Böhmen und Mähren".

Die Errichtung des Protektorats entlarvt Hitler. Es wird nunmehr deutlich, daß er nicht die Revision von Versailles, sondern die Beherrschung Europas anstrebt. Auch über seine Methoden kann sich keiner mehr einer Illusion hingeben. Vertragsbruch, Lüge, Verstellung und brutalste Gewaltanwendung sind für ihn legale Mittel. Die Erbitterung der Weltöffentlichkeit führt zur Gegenmaßnahme Englands ...<<

Großbritannien, Frankreich: Nach der kampflosen Besetzung der "Rest-CSR" erwarten die Westmächte weitere "NS-Raubzüge". England und Frankreich, die während der "Sudetenkrise" (September 1938) noch nicht "kriegsbereit" sind, bereiten sich jetzt in fieberhafter Eile auf den drohenden Krieg vor.

Der britische Botschafter in Berlin schreibt nach der Besetzung der Rest-Tschechoslowakei (x256/154): >>Die Annexion von Böhmen und Mähren kann nicht durch irgendeinen der Gründe gerechtfertigt werden, die einst die Opposition gegen die Eingliederung Österreichs und des Sudetenlandes schwächer machten.

Sie widerspricht völlig dem Recht der Selbstbestimmung und ist absolut unmoralisch. Sie stellt ein Unrecht dar, das nach Wiedergutmachung schreit. Sie mag Herrn Hitler und Herrn Ribbentrop einen billigen Triumph gewährt haben. Es würde jedoch traurig sein, wenn man nicht glauben könnte, daß sie sich am Ende als kostspieliger Irrtum erweisen wird. ... Der Nazismus hat endgültig den Rubikon der völkischen Reinheit und der deutschen Einheit überschritten.<<

Der französische Botschafter in Berlin schreibt nach der Besetzung der Rest-Tschechoslowakei (x256/154): >>Es ist einleuchtend, daß es ein vergebliches Bemühen wäre, wollte man, mit Aussicht auf Erfolg, versuchen, dem Führer mit andern Argumenten als der Gewalt zu

begegnen. Das Dritte Reich hegt für Verträge und Verpflichtungen die gleiche Verachtung wie das Kaiserreich Wilhelms II. Deutschland bleibt das Land der "Papierfetzen".<<

16.03.1939

CSR: Das Reichsprotectorat Böhmen und Mähren (Restgebiet der CSR = 48.901 qkm) wird am 16. März 1939 direkt dem NS-Regime unterstellt (x004/6). Das Reichsprotectorat behält beschränkte Unabhängigkeit mit eigenem Staatsoberhaupt, eigener Verwaltung, Rechtsprechung und Kultur.

Der deutsche Historiker Bernd-Jürgen Wendt schreibt später über das "Protectorat Böhmen und Mähren" (x051/461): >>Protectorat Böhmen und Mähren, dem Deutschen Reich mit Erlass Hitlers vom 16.3.39 angegliedertes "Schutzgebiet", bestehend aus den "historischen Ländern" der am Vortag durch militärischen Einmarsch "zerschlagenen" Tschechoslowakei: 48.927 km² mit 7,5 Millionen Einwohnern (1940), darunter 225.000 Deutsche.

Die nahezu unumschränkte Macht im Protectorat Böhmen und Mähren lag beim Reichsprotector (bis 27.9.41 Neurath, ab 25.8.43 Frick) und seinem Stellvertreter (bis 4.6.42 Heydrich, danach Daluge), der weiter amtierende "Staatspräsident" Hácha war praktisch einflußlos.

Die deutsche Herrschaft im Protectorat Böhmen und Mähren war geprägt durch rücksichtslose Gleichschaltung der Verwaltung, Durchsetzung des Führerprinzips, Herabstufung der Tschechen gegenüber den Reichsdeutschen zu Personen minderen Rechts und offenem Terror gegen tschechische Intelligenz und Bürgertum.

Das Protectorat Böhmen und Mähren hatte besonderen Stellenwert für die deutsche Kriegswirtschaft wegen der Produktions- und Arbeitskraftressourcen und wegen der relativen Sicherheit vor Luftangriffen. Daher wurde die Arbeiterschaft verhältnismäßig schonend behandelt und materiell umworben. Erst nach dem Attentat auf Heydrich (27.5.42) verschärfte sich die ohnehin wegen der nationalsozialistischen Judenverfolgung (u.a. Theresienstadt) gespannte Lage insgesamt durch die SS-Vergeltungsmaßnahmen (u.a. Lidice).

Der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft im Protectorat Böhmen und Mähren fielen bis 1945 ca. 65.000 Juden und 40.000 Tschechen zum Opfer. Die Ausschreitungen gegen die deutsche Bevölkerung bei der Vertreibung haben hier eine Ursache. Das Gebiet des Protectorats Böhmen und Mähren wurde nach der sowjetischen Besetzung im Mai 45 wieder der Tschechoslowakei inkorporiert.<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Karl Hermann Frank, den eigentlichen Machthaber im Protectorat Böhmen und Mähren (x051/183): >>Frank, Karl Hermann, geboren in Karlsbad 24.1.1898, gestorben in Prag 22.5.1946, sudetendeutscher Politiker; 1933 Propagandachef von Henlein, 1935 als Abgeordneter der Sudetendeutschen Partei im tschechoslowakischen Parlament, nach der Angliederung des Sudetenlandes an das Deutsche Reich im Oktober 38 stellvertretender Gauleiter.

Frank wurde nach der deutschen Besetzung der "Resttschechei" (März 39) Staatssekretär beim Reichsprotector Neurath und nach dessen Ablösung im August 43 als Reichsminister, obwohl Frick unterstellt, eigentlicher Machthaber im Protectorat. Schon nach dem Attentat auf Heydrich (27.5.42) hatte Frank seine gnadenlose Härte bewiesen beim "Racheakt" von Lidice.

Er setzte die terroristische Politik, insbesondere gegen die jüdische Bevölkerung, bis zum Kriegsende fort und floh schließlich in den Westen; er wurde aber von den Amerikanern an die Tschechoslowakei ausgeliefert.

Ein Prager Gericht verurteilte Frank zum Tod und ließ ihn im Hof des Pankraz-Gefängnisses vor mehreren tausend Zuschauern aufhängen.<<

17.03.1939

Großbritannien: Trotz der gewaltsamen Besetzung der Tschechoslowakei erläutert der britische Premierminister Chamberlain am 17. März 1939 in Birmingham, "daß die in den Pariser Verträgen festgelegten Grenzen ungerecht gewesen seien" (x028/56).

Premierminister Chamberlain erklärt am 17. März 1939 während dieser Rede in Birmingham (x243/67): >>... Wieviel Rücksicht hat man genommen auf den Grundsatz der Selbstbestimmung, ... als er die Trennung des Sudetengebietes von der Tschechoslowakei und dessen Einverleibung in das Reich forderte?

Deutschland hat der Welt unter seinem jetzigen Regime eine Serie von unangenehmen Überraschungen bereitet. Das Rheinland, der Anschluß Österreichs, die Lostrennung des Sudetengebietes. ...

Jedoch soviel wir auch einwenden mögen gegen die Methoden, ... etwas ließ sich doch sagen – entweder wegen der rassenmäßigen Zugehörigkeit oder wegen allzulang mißachteter gerechter Ansprüche - ... zugunsten der Notwendigkeit einer Änderung der vorhandenen Lage.

Aber die Dinge, die sich diese Woche unter völliger Mißachtung der von der deutschen Regierung selbst aufgestellten Grundsätze ereignet haben, scheinen zu einer anderen Kategorie zu gehören. ...

Ist dies der letzte Angriff auf einen kleinen Staat? ... Ist dies sogar ein Schritt in der Richtung, ... die Welt durch Gewalt zu beherrschen? ...

Ich fühle mich verpflichtet zu wiederholen, ... daß ... kein größerer Fehler begangen werden könnte als der, zu glauben, unsere Nation habe, weil sie den Krieg für eine sinnlose und grausame Sache hält, so sehr ihr Mark verloren, daß sie nicht bis zur Erschöpfung ihrer Kraft einer solchen Herausforderung entgentreten werde, sollte sie jemals erfolgen. ...<<

18.03.1939

Slowakei: Dr. Tiso schließt am 18. März 1939 einen Bündnis- bzw. Freundschaftsvertrag mit dem NS-Regime ab, um die ungarischen Gebietsansprüche abzuwehren. Das NS-Regime verpflichtet sich, die Integrität der Slowakei zu schützen und erhält das Recht, in der Westslowakei Truppen zu stationieren (x004/148).

Die Slowakei muß später lediglich die Karpaten-Ukraine an Ungarn abtreten.

21.03.1939

NS-Regime: Hitler bietet den Polen am 21. März 1939 langfristige Grenzgarantien und fordert nochmals die Rückgabe Danzigs und exterritoriale Verkehrswege (x041/97).

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die "Danzigfrage" (x051/108): >>Danzigfrage, seit 1919 schwelender Konflikt zwischen dem Deutschen Reich und Polen um Danzig, das ohne vorherige Abstimmung (ca. 380.000 Einwohner, darunter 12.000 Polen) am 15.11.20 zum Freistaat erklärt und dem Völkerbund unterstellt worden war; als Hoher Kommissar fungierte der Schweizer Historiker C. J. Burckhardt.

Zollhoheit und außenpolitische Vertretung des Territoriums wurden von Polen wahrgenommen, der Hafen unterstand paritätischer Verwaltung. 1933 kamen die Nationalsozialisten auch in Danzig an die Macht, die Lösung der Danzigfrage wurde indes zurückgestellt, um die innere Konsolidierung des Dritten Reiches nicht zu gefährden (Deutsch-Polnischer Nichtangriffspakt vom 26.1.34).

1939 spielte die Danzigfrage dann die Schlüsselrolle als Vorwand für die Entfesselung des Krieges mit Polen. Im April 39 schlug Hitler einen umfassenden deutsch-polnischen Ausgleich vor, der sich gegen die UdSSR richten sollte (Rückgabe Danzigs bei Wahrung der wirtschaftlichen Interessen Polens, Bau einer exterritorialen Autobahn durch den polnischen Korridor, Beitritt Polens zum Antikominternpakt u.a.), und erließ gleichzeitig die Führerweisung "Fall Weiß" (Polenfeldzug).

Warschau wies das Angebot brüsk zurück, nicht nur aus chauvinistischen Gründen; die Politik gleicher Distanz zu den beiden großen Nachbarn galt als "überlebensnotwendig". Hitler betrieb nun die Isolierung Polens (Deutsch-Sowjetischer Nichtangriffsvertrag), am 10.8. gab Danzigs Gauleiter A. Forster die "Heim-ins-Reich-Parole" aus, am 1.9. begann mit der Beschießung der Westerplatte durch das Linienschiff "Schleswig-Holstein" der Krieg mit Polen.

Danzig wurde umgehend zum Reichsgebiet erklärt.

Nach der polnischen Niederlage versuchte die NS-Propaganda nicht ohne Erfolg, der französischen Öffentlichkeit unter dem Schlagwort "Mourir pour Danzig – Sterben für Danzig?" die Sinnlosigkeit der französischen Kriegserklärung vom 3.9.39 zu suggerieren. Im Potsdamer Abkommen wurde Danzig als Gdansk polnischer Verwaltung unterstellt.<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über den "Korridor" (x051/327): >>Korridor (Polnischer Korridor), im Sinne der Vierzehn Punkte im Versailler Vertrag festgelegter Gebietsstreifen in Westpreußen zwischen Weichsel bzw. Danzig und Pommern, den das Deutsche Reich ohne Volksabstimmung an das neu geschaffene Polen abtreten mußte.

Der Korridor umfaßte 15.865 km² mit 330.600 Einwohnern, die zu über 50 % deutschsprachig waren. Er sollte Polen eine Seeverbindung mit dem Hafen Gdingen schaffen, schnitt Ostpreußen vom Reich ab und wurde zum Dauerkrisenherd trotz Verkehrsfreiheit für deutsche Transportmittel (plombierte Züge ohne Zollkontrolle).

Eine friedliche Revision kam nicht zustande, die Ausweisung zahlreicher deutscher Einwohner (1939 noch 10 %) schuf zusätzlichen Zündstoff, den Hitler am 21.3.39 zu ultimativer Forderung nach exterritorialen Verkehrswegen durch den Korridor und nach Volksabstimmung nutzte, in Verbindung mit einem 25-jährigen Nichtangriffsvertrag.

Polen lehnte am 26.3 ab. Korridor- und Danzigfrage wurden so Vorwände zur Entfesselung des Polenfeldzuges und damit des Zweiten Weltkrieges. 1939-45 gehörte das Korridor-Gebiet zum Reichsgau Danzig-Westpreußen.<<

22.03.1939

Litauen: Litauen stimmt am 22. März 1939 der Rückgabe des Memellandes an das Deutsche Reich zu. Das Memelland wird bereits am nächsten Tag in die deutsche Provinz Ostpreußen (Regierungsbezirk Gumbinnen) eingegliedert.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über "Litauen" (x051/356): >>Litauen, Republik an der Ostsee, einer der Baltischen Staaten, mit 53.000 km² und 2,39 Millionen Einwohnern (1939), Hauptstadt Wilna; gegründet während der deutschen Besatzungszeit am 11.12.17 und nach dem deutschen Zusammenbruch gegen Polen und Rote Armee behauptet. 1926 durch Staatsstreich Umwandlung in einen autoritären Staat unter A. Smetona.

Litauen mußte am 22.3.39 auf deutschen Druck hin das Memelland herausgeben, das es sich im Januar 23 angeeignet hatte, wurde im Deutsch-Sowjetischen Nichtangriffsvertrag vom 23.8.39 der sowjetischen Einflußsphäre zugeschlagen und am 15.6.40 annektiert. Gleich zu Beginn des Rußlandfeldzuges im Juni 41 von Deutschland besetzt, wurde es als Generalkommissariat dem Reichskommissariat Ostland angegliedert, die deutsche Bevölkerung ins Deutsche Reich umgesiedelt.

Den sowjetischen Repressalien folgten harte deutsche Besatzungsjahre mit schweren Judenverfolgungen. Hoffnungen auf Rückgewinnung der Unabhängigkeit durch deutsche Hilfe erfüllten sich nicht. Im Juli 44 besetzte die Rote Armee erneut das Land (Wilna 13.7.).<<

23.03.1939

Litauen: Deutsche Truppen marschieren am 23. März 1939 kampflos im Memel-Gebiet ein (Abkommen mit Litauen).

Hitler erklärt am 23. März 1939 in Memel (x023/196-197): >>Ihr seid erst von einem Deutschland im Stich gelassen worden, das sich der Schmach und Schande ergeben hatte. Jetzt seid ihr zurückgekehrt in ein gewaltiges neues Deutschland ... das entschlossen ist, sein Schicksal selbst ... zu gestalten, auch wenn dies einer anderen Welt nicht gefällt. ... Die 20 Jahre Elend und Leid sollen uns für alle Zukunft eine Warnung und eine Lehre sein. ...

Unser Volk und unser Deutsches Reich – Sieg Heil!<<

Polen: Die polnische Regierung, die nach der englisch-französischen Garantieerklärung die eigenen militärischen Kräfte maßlos überschätzt, ordnet am 23. März 1939 im "Korridor" die

polnische Teilmobilmachung an und lehnt am 26.03.1939 endgültig alle deutschen Forderungen ab (x041/97).

Der deutsche Historiker Walter Post berichtet später in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 7/8 - 2001 über die Verschlechterung der deutsch-polnischen Beziehungen im Frühjahr 1939 (x853/...): >>... Im Frühjahr 1939 kam es zu einer dramatischen Verschlechterung der deutsch-polnischen Beziehungen.

Auslöser war der Streit um Danzig, daß bis 1918 zum Deutschen Reich gehört hatte und nun zu Deutschland zurückkehren wollte. Durch den Druck der "Anti-Appeaser" um Churchill und durch den Druck Roosevelts sah Chamberlain sich genötigt, einen schärferen Kurs gegen Deutschland einzuschlagen.

Chamberlain gab eine Garantieerklärung für Polen ab und versuchte, eine große Koalition zur Einkreisung Deutschlands zustande zu bringen. Dieser Koalition sollte neben England, Frankreich, Polen und Rumänien auch die Sowjetunion angehören. Chamberlain selbst stand einem Bündnis mit der UdSSR sehr skeptisch gegenüber, aber Polen und Rumänien waren ohne sowjetische Hilfe militärisch nicht zu verteidigen. Ohne Moskau war die Einkreisung und verschärfte Eindämmung Deutschlands nicht zu bewerkstelligen.

In Berlin löste die britische Einkreisungspolitik große Besorgnis aus. Deutschland hatte nach 1918 in Erfüllung des Versailler Vertrages sein Heer auf das Niveau einer Polizeitruppe abrüsten müssen. Das NS-Regime hatte ab 1933 eine forcierte Aufrüstung betrieben, aber 1939 hatte das deutsche Heer noch nicht einmal die Stärke der französischen Armee, geschweige denn die einer Koalition der europäischen Militärmächte erreicht. Allenfalls die deutsche Luftwaffe hatte aufgrund ihrer hochmodernen Ausrüstung eine gewisse Überlegenheit.

Die deutsche Wirtschaft war nach wie vor in hohem Grade von Rohstoffeinfuhren abhängig, die Autarkiepolitik war kaum mehr als Propaganda gewesen. Mit anderen Worten, Deutschland war nicht kriegsbereit, und die von England angestrebte große Koalition hätte Deutschland jederzeit militärisch mattsetzen und wirtschaftlich erdrosseln können.

Während sich im Sommer 1939 die deutsch-polnische Krise immer mehr zuspitzte, verhandelte eine englisch-französische Militärdelegation in Moskau über ein Bündnis zwischen den Westmächten und der Sowjetunion. ...<<

Rumänien: König Carol II. und Hitler schließen am 23. März 1939 einen deutsch-rumänischen Wirtschaftsvertrag ab (x007/34E).

Der deutsche Historiker Bernd-Jürgen Wendt schreibt später über "Rumänien" in den Jahren 1939-44 (x051/505): >>(Rumänien) ... Die durch die Agrarreform mitverursachte und durch die weltweite Depression 1929-32 dramatisch verschärfte Wirtschaftskrise (Preisverfall für Erdöl und Agrarprodukte, Absatzstockungen, Zahlungsunfähigkeit, hohe Arbeitslosigkeit) drängte Bukarest auch politisch immer enger an das nationalsozialistische Deutschland mit seinem nahezu unbegrenzten und krisensicheren Absatzmarkt (Erdöl, Weizen) und seinen Möglichkeiten des devisalosen Zahlungsverkehrs über Clearings: 23.3.39 deutsch-rumänischer Wirtschaftsvertrag, 27.5.40 "Ölpakt".

Die Kapitulation Frankreichs, die Ausschaltung von Großbritannien vom Kontinent und die Annexion Bessarabiens und der Nord-Bukowina durch die Sowjetunion am 28.6.40 entsprechend dem Deutsch-Sowjetischen Nichtangriffsvertrag vom 23. 8. 39 ließen Rumänien endgültig in das Lager der "Achse" einschwenken: 30.8.40

2. Wiener Schiedsspruch, 23.11.40 Beitritt zum Dreimächtepakt, 25.11.40 zum Antikominternpakt, 24.6.41 Erklärung des "heiligen Krieges" (Antonescu) gegen die Sowjetunion.

Die Kriegswende bei Stalingrad, schwerste Verluste der rumänischen Truppen und der Einbruch sowjetischer Verbände nach Rumänien führten am 23.8.44 zur Verhaftung Antonescus, am 28.8.44 zur Kriegserklärung an Deutschland (12.9.44 rumänisch-sowjetischer Waffenstillstand) und in der Folge unter ständigem sowjetischen Druck zur Umwandlung Rumäniens in

eine kommunistische Volksrepublik.<<

25.03.1939

NS-Regime: Gemäß Jugenddienstverordnung vom 25. März 1939 erhalten alle 10-13jährigen Mädchen (Jungmädels) und Jungen (Jungvolk) sowie alle 14-18jährigen Mädchen (BDM) und Jungen (HJ) Uniformen und müssen ab 1940 an einer vormilitärischen Ausbildung teilnehmen.

NS-Kinder- und Jugenderziehung

Die Jungen und Mädchen, die zuerst 4 Jahre beim Jungvolk (sogenannte "Pimpfe") oder bei den Jungmädels dienten, waren von den sportlichen Wettkämpfen, den fröhlichen Wanderfahrten und den romantischen Zeltlagern meistens hellauf begeistert. Viele Kinder waren "stolze Uniformträger" (die Dienstgrade entsprachen der Wehrmachtsrangfolge) und entwickelten sich oft schnell zu diktatorischen und fanatischen "Führern" und "Führerinnen".

Für die Ausbildung bzw. Umerziehung der künftigen NS-Führer ließ Hitler z.B. 12 "Adolf-Hitler-Schulen" (AHS) gründen, die als Vorschule für die NS-Ordensburgen in Sonthofen (Allgäu), Crössinsee (Pommern) und in Vogelsang (Nordeifel) galten.

Die Kinder und Jugendlichen trainierten nicht selten mit tödlichen Waffen und übten ständig den militärischen Exerzierdienst.

Im Zeltlager sangen Hitlers Jungen und Mädchen regelmäßig Lieder, wie das Fahnenlied der HJ usw. (x191/74):

>>Vorwärts! Vorwärts!

Schmetter die hellen Fanfaren.

Vorwärts! Vorwärts!

Jugend kennt keine Gefahren.

Deutschland, du wirst leuchtend steh'n,
mögen wir auch untergeh'n.

Vorwärts ...

Ist das Ziel auch noch so hoch,

Jugend zwingt es doch.

Jugend! Jugend!

Wir sind der Zukunft Soldaten.

Jugend! Jugend!

Träger der kommenden Taten.

Ja durch unsre Fäuste fällt,

Was sich uns entgegenstellt

Jugend ...

Führer! Dir gehören wir,

Wir Kam'raden, dir!

Kehrrim: Uns're Fahne flattert uns voran,
in die Zukunft ziehen wir Mann für Mann.

Wir marschieren für Hitler
durch Nacht und durch Not,
mit der Fahne der Jugend
für Freiheit und Brot.

Uns're Fahne flattert uns voran.

Uns're Fahne ist die neue Zeit.

Und die Fahne führt uns in die Ewigkeit!

Ja die Fahne ist mehr als der Tod!

... Und mögen die Alten auch schelten,
so laßt sie nur toben und schrei'n,
und stemmen sich gegen uns Welten,
wir werden doch Sieger sein. –

Wir werden weiter marschieren,
wenn alles in Scherben fällt,

denn heute da hört uns Deutschland und morgen die ganze Welt.<<

Die NSDAP verfügte über geschulte Organisatoren und Propagandisten, die vor allem das "Völkische" bzw. das "Aufgehen in der Gemeinschaft" predigten und besonders leicht die deutsche Jugend für ihre vermeintlichen Ziele begeistern konnten ("Verteidigung von Blut und Boden", "Du bist nichts, dein Volk ist alles" etc.).

Es gehörte zur Erziehungsmethode der NS-Jugendführung, daß fast die komplette Erziehung in Form von Wettkämpfen abgewickelt wurde. Man kämpfte nicht nur im Sport und im Beruf um die besten Leistungen, sondern fast der gesamte NS-Alltag (Spendensammlungen, Schule etc.) war ein ständiger Kampf um höchste Ergebnisse und Leistungen.

NS-Reichsjugendführer Baldur von Schirach, der sich selbst zum "Priester des NS-Glaubens" ernannte und dauernd Härte und Wehrhaftigkeit forderte, war selbst kein schneidiger, harter Kämpfer. Schirach (ein eher "dicklicher, weichlicher Typ", der oftmals wegen seiner "weibischen Art" verspottet wurde) betonte in seinen Reden vor allem das heldenhafte Kämpfertum und wollte keine bleichen, schlappen Musterknaben, sondern zähe und harte Jungen.

Hitler, der die Jugend als sein persönliches Eigentum betrachtete, erteilte von Schirach allmählich immer größere Vollmachten, so daß der Einfluß der Eltern, der Geistlichen und der Lehrer später fast völlig ausgeschaltet werden konnte.

Die ersten "Erfolge" der NS-Umerziehung stellten sich bereits nach dem NS-Reichsparteitag in Nürnberg (1936) ein, als etwa 900 BDM-Mädchen im Alter von 14-18 Jahren schwanger nach Hause zurückkehrten (x050/51). Nach ähnlichen Vorfällen nannte man den BDM (1939 = 3,5 Millionen Mitglieder) spöttisch "Bald deutsche Mutter" oder "Bedarfsartikel deutscher Männer".

Die bündische Zeitschrift "Sonderinformationen deutscher Jugend" berichtet später (x053/40-41): >>Im rheinischen Industriegebiet kamen Mädchen von 14 bis 16 Jahren aus der "Landhilfe" und dem "Arbeitsdienst" in großer Anzahl schwanger nach Hause zurück. Eine Mutter, die ihrem Kind deshalb Vorhaltungen machte, erhielt von diesem die Antwort: "Ich bin stolz, dem deutschen Volke ein Kind zu schenken, wenn Du noch mehr dagegen sagst, werde ich Dich anzeigen und ins Konzentrationslager bringen.<<

Die NS-Agitatoren setzten eine raffinierte Mischung aus Führerglauben ("Führer befiehlt, wir folgen!", "Wir sind geboren, um für die Deutschland zu sterben!"), Gemeinschaftsromantik (nach dem Vorbild der Pfadfinder und anderen Jugendorganisationen), NS-Religiosität ("der Herrgott, die Vorsehung hat den Führer geschickt") ein, um die deutschen Jugendlichen für die vermeintlichen NS-Ideale (Ehre, Disziplin, Härte, Kameradschaft, Gehorsamkeit, Gemeinschaftssinn, Selbstaufopferung, Tapferkeit und Treue) zu gewinnen.

Hitler betont damals während einer Nürnberger Parteitagsrede (x059/81): >>... Wenn die älteren Jahrgänge noch wankend werden können, die Jugend ist uns verschrieben und verfallen mit Leib und Seele ...<<

Schirach (1907 in Berlin geboren, Reichsjugendführer, ab 1940 Reichsstatthalter in Wien) erklärt später 1946 in seinem Schuldbekennnis (x051/516): >>(Er habe die Jugend, wie er nun erst erkenne,) "für einen millionenfachen Mörder" (erzogen) ...<<

Der bedingungslose, fanatische Hitleranhänger erhielt lediglich eine 20jährige Freiheitsstrafe. Schirach starb 1974 (8 Jahre nach seiner Haftentlassung).

Prof. Dr. Harald Scholtz schreibt später über die "Hitlerjugend" (x051/264-265): >>(Hitlerjugend) ... Nach der gesetzlichen Festlegung vieler "Dienstpflichten" für junge Menschen (Landjahr, Arbeits-, Wehrdienst, Pflichtjahr für Mädchen) hat die Jugenddienstverordnung vom 25.3.39 auch die Dienstpflicht in der HJ eingeführt. Von 1940 an waren demnach schon die Zehnjährigen zum Eintritt in Jungvolk und Jungmädel verpflichtet, für die älteren Jahrgänge wurden in den darauf folgenden Jahren "Jugendappelle" zu ihrer Erfassung durchgeführt.

Die Aktionsfelder, die den 14- bis 18-Jährigen "Hitlerjungen" angeboten wurden, sind bis zum Krieg ständig erweitert und differenziert worden. Das nationalpolitische Engagement und die Härte in der körperlichen Beanspruchung durch den Dienst wurden bald übergeleitet in die Gewöhnung an Rituale und in die Vermittlung außergewöhnlicher Erlebnisse durch Fahrt und Lager: Die Gesinnungsgemeinschaft sollte zur "Formation" werden.

"Sonderformationen" wie Flieger-, Marine-, Motor-HJ entwickelten militärisch nutzbare Fertigkeiten, Wettkämpfe brachten auch Nichtorganisierte mit der HJ in Beziehung, immer mehr konnten auch die kulturellen Aktivitäten der Jugendlichen von der HJ in Regie genommen werden.

Die Differenz zwischen Schulung und Unterricht, Dienst und Arbeit, Führerauslese und Ausbildung blieb zunächst noch gewahrt: Der politische Irrationalismus setzte auf die Orientierung an Symbolen, auf Einsätze und Erlebnisse, in denen sich politische Gesinnung im Handeln bewähren konnte. Doch die totalitäre Dynamik negierte zunehmend die Unterschiede zwischen Schule und Lager, Ausbildung und emotionaler Selbstbestätigung.

Im Krieg hatte nach Meinung der Reichsjugendführung (RJF) "alle Arbeit allein der Kriegführung zu dienen". Da die HJ aber in einem Moment zur Zwangsveranstaltung geworden war, in dem ihr die älteren Führungskräfte entzogen wurden, geriet die "Selbstführung" in eine Krise. Diese wurde mit einer "Polizeiverordnung" nach obrigkeitsstaatlichem Muster und durch die Verschärfung von Strafandrohungen beantwortet. Der "HJ-Streifendienst" wurde jetzt als Organ der Sicherheitspolizei tätig.

Die HJ näherte sich, insbesondere in ihrer Tätigkeit in den okkupierten Gebieten, immer mehr der SS als pseudostaatlicher totalitärer Organisation an. Der Apparat der RJF nutzte die "Selbstführung" als willfähiges Instrument zur Auflösung der auf die Nachwuchssicherung verpflichteten Institutionen aus, um die Jugendlichen möglichst früh für den "Endsieg" zu mobilisieren (Wehrrertüchtigungslager, Flakhelfer, Volkssturm, Werwolf).<<

Dr. Dorothee Klinksiek schreibt später über den "Bund Deutscher Mädel" (x051/95-96): >>Bund Deutscher Mädel (BDM), Teilorganisation der Hitlerjugend (HJ), untergliedert in Jungmädelbund (zehn- bis 13-Jährige) und Bund Deutscher Mädel (14- bis 17-Jährige, seit 1938 darüber hinaus Sondereinheiten für die 17- bis 21-Jährigen, u.a. Glaube und Schönheit). Als Vorläufer des BDM gelten die schon seit den 20er Jahren vereinzelt bestehenden nationalsozialistisch orientierten Mädchengruppen, die im Dezember 28 als "Schwesternschaften" in die HJ aufgenommen wurden.

Im Juni 30 gab der "Völkische Beobachter" ihre Umbenennung in "BDM in der HJ" bekannt. Obwohl die offiziöse Geschichtsschreibung behauptet, von diesem Zeitpunkt an habe sich der BDM kontinuierlich entwickelt, lassen sich zwischen 1930 und 33 zahlreiche parteiinterne Kämpfe um Führung und inhaltliche Ausrichtung der Mädchenorganisation feststellen.

Erst eine Verfügung Strassers vom Juli 32 beendete die Konflikte und wies alle nationalsozialistischen Mädchengruppen dem BDM zu. Mit dieser Erklärung zur einzigen parteiamtlichen Mädchenorganisation begann seine selbständige Jugendarbeit.

Aufgrund organisatorischer und inhaltlicher Probleme, die der Bund bis 1933 nicht beseitigen konnte, wurde bis zum "Gesetz über die Hitlerjugend" (1936) offiziell kein Zwang ausgeübt, dem BDM beizutreten. Dennoch nahm die Mitgliederzahl stetig zu, aus unterschiedlichen

Gründen: Ein Teil der Mitglieder wurde einfach aus gleichgeschalteten Verbänden übernommen, andere Mädchen traten dem Bund bei, weil es ihren Eltern opportun erschien. Es gab aber auch freiwillige Anmeldungen; gerade in bürgerlichen Kreisen akzeptierten viele Mädchen den BDM als Möglichkeit, sich den starren Konventionen ihres Elternhauses zu entziehen.

Organisatorisch blieb der BDM Teil der HJ und hatte auch eine weitgehend parallele Gliederung. Kleinste Einheit war die (Jung-)Mädelschaft (ca. zehn Mädchen), zehn Mädelschaften bildeten eine Schar, vier Scharen eine Gruppe, drei bis fünf Gruppen einen Ring, vier bis sechs Ringe einen Untergau. 20 Untergaue wurden zu einem Obergau zusammengefaßt.

Auf der oberen Ebene vertraten Referentinnen die Interessen des Bundes bei der Reichsjugendführung und ihren Ämtern. Die BDM-Reichsreferentin hatte weitgehende Vollmachten und leitete die Arbeit des BDM nahezu eigenverantwortlich.

Ziel der Erziehungsarbeit im BDM war es, die weibliche Jugend von klein auf zu Trägerinnen der nationalsozialistischen Ideen zu formen. Dabei kam es nicht darauf an, sie durch Argumente für die nationalsozialistische Weltanschauung zu gewinnen, man wollte bedingungslos gläubige Anhängerinnen.

Gehorsam, Pflichterfüllung, Disziplin, Opferbereitschaft und Körperbeherrschung galten als die Tugenden, die jedes BDM-Mädel zu haben hatte. Gleichgültig welche Aufgabe ihr später einmal zugewiesen würde, die zukünftige Frau mußte lernen, ihre Pflichten im Rahmen der Volksgemeinschaft kritiklos und freudig zu übernehmen und zu erfüllen. Um dieses Ziel zu erreichen, sollten zwei Drittel der Erziehungsarbeit dem Sport gewidmet sein, ein Drittel der weltanschaulichen Schulung.

Wegen der organisatorischen Schwierigkeiten der Anfangsphase, aber durchaus im Einklang mit der Ideologie, die dem Körper einen höheren Wert zumaß als dem Geist, baute die BDM-Führung zuerst ein Sportprogramm auf. Der Sport diente zum einen der Disziplinierung, zum anderen der körperlichen Ertüchtigung. Nur Mädchen, die an Disziplin gewöhnt waren, würden sich zum Befehlsempfänger eignen, nur gesunde, kraftvolle Frauen würden ihren Pflichten nachkommen können und das angestrebte rassistische Ideal verkörpern.

Bis 1939 war die Hauptaufgabe des Mädchens eindeutig definiert: Mutter von erbgesunden Kindern zu werden und sie zu Nationalsozialisten zu erziehen. Der Schwerpunkt der weltanschaulichen Schulung lag daher in der Vermittlung des völkischen kulturellen Erbes und von 1936 an in der hauswirtschaftlichen Ertüchtigung.

Mit der Wiedereinführung der Allgemeinen Wehrpflicht (1935) erweiterten sich zwar die Aufgaben des BDM, und auch die Verknappung der Arbeitskräfte seit 1936 brachte neue Anforderungen, weil Berufsanfängerinnen verstärkt in rüstungswichtige Branchen gelenkt werden mußten, aber das zentrale Anliegen des BDM blieb nach wie vor die Erziehung der Mädchen zur Hausfrau und Mutter.

Erst mit Beginn des Krieges erfolgte eine Umorientierung: Der BDM ging gut vorbereitet in den Krieg und es gelang ihm schnell, den gesamten Dienstbetrieb auf die neue politische und militärische Situation umzustellen. Je länger der Krieg dauerte, desto stärker entwickelte sich der BDM zur Kriegshilfsorganisation; die eigentliche Jugendarbeit trat mehr und mehr in den Hintergrund.

Als Folge dieser Entwicklung häuften sich Disziplinschwierigkeiten innerhalb des Bundes, der Dienst wurde vielfach als langweilig empfunden und abgelehnt. Auch wenn nur wenige Mädchen bewußt Widerstand leisteten, so entfernten sich doch viele innerlich immer weiter von der Jugendorganisation.<<

Der ehemalige NS-Politiker Hermann Rauschning (1887-1982, 1933-34 Senatspräsident in Danzig, emigriert später in die Schweiz) berichtet im Jahre 1940 in seinem Buch "Gespräche mit Hitler" über Hitlers NS-Jugenderziehung (x058/352): >>... Meine Pädagogik ist hart. Das

Schwache muß weggehämmert werden. In meinen Ordensburgen (Crössinsee in Pommern, Sonthofen im Allgäu und Vogelsang in der Eifel) wird eine neue Jugend heranwachsen, vor der sich die Welt erschrecken wird.

Eine gewalttätige, herrische, unerschrockene, grausame Jugend will ich. ... Schmerzen muß sie ertragen. Es darf nichts Schwaches und Zärtliches an ihr sein. Das freie, herrliche Raubtier muß erst wieder aus ihren Augen blitzen. Stark und schön will ich meine Jugend. Ich werde sie in allen Leibesübungen ausbilden lassen. Ich will eine athletische Jugend. Das ist das Erste und Wichtigste. So merze ich Tausende von Jahren der menschlichen Domestikation aus. So habe ich das reine, edle Material der Natur vor mir. So kann ich das Neue schaffen.

Ich will keine intellektuelle Erziehung. Mit Wissen verderbe ich mir die Jugend. Am liebsten ließe ich sie nur das lernen, was sie ihrem Spieltrieb folgend sich freiwillig aneignen. Aber Beherrschung müssen sie lernen. Sie sollen mir in den schwierigsten Proben die Todesfurcht besiegen lernen. Das ist die Stufe der heroischen Jugend. Aus ihr wächst die Stufe des Freien, des Menschen, der Maß und Mitte der Welt ist, des schaffenden Menschen, des Gottmenschen.

In meinen Ordensburgen wird der schöne, sich selbstgebietende Gottmensch als kultisches Bild stehen und die Jugend auf die kommende Stufe der männlichen Reife vorbereiten.<<

Georg Holmsten (1913-2010, deutscher Journalist und Historiker) berichtet später über die NS-Erziehung der deutschen Jugend (x049/35,43): >>... Kinder und Heranwachsende waren viel stärker in den Dienst des Staates eingespannt worden als die Älteren. Sie mußten, ob sie wollten oder nicht, seit dem Erlaß der Jugenddienstverordnung vom März 1939 der "Jugenddienstpflicht" nachkommen, die im Kriege durch mehrere Anordnungen noch erweitert und verschärft wurde.

Von den 8.870.000 Jungen und Mädchen zwischen 10 und 18 Jahren, die 1939 in Deutschland lebten, gehörten mehr als 8,1 Millionen den diversen Organisationen der vom "Reichsjugendführer" Baldur von Schirach geleiteten Staatsjugend an. ...

Die noch Jüngeren bekamen schon im Kindergarten hübsche Geschichten vom lieben "Führer" zu hören, und auch sie wurden bereits "weltanschaulich geschult", indem man ihnen von den Heldentaten der Soldaten und der Hitlerjungen aus der "Kampfzeit" der Nationalsozialisten vor 1933 erzählte. Wie witzige Zeitgenossen bemerkten, fehlte nur noch eine NS-Organisation für Säuglinge, die man am besten als "AA-Männer" in die Reihen der Führergefolgschaft eingliedern sollte.

Schon in den Friedensjahren waren vor allem die Angehörigen der HJ, die Jugendlichen im unternehmungslustigen "Abenteureralter" zwischen 14 und 18, auf Schulungsabenden und in vormilitärischen Kursen auf Kampf und Krieg vorbereitet worden, ganz im Sinne des oft zitierten ... rheinischen Dichters Heinrich Lersch: "Deutschland muß leben, und wenn wir sterben müssen"...

Den Jungen fehlte die bittere Erfahrung der älteren Generation, die Schrecken und Not des Ersten Weltkrieges erlebt hatte. Für manchen HJ-Angehörigen war der neue Krieg zunächst nur ein Abenteuer ...<<

>>... 1934 hieß noch recht friedlich "Jahr der Verständigung", 1939 war "Jahr der Gesundheit". Dann aber markierten die Parolen den wechselvollen Verlauf des Krieges: 1940 "Jahr der Bewährung", 1941 "Unser Leben ein Weg zum Führer", 1942 "Osteinsatz und Landdienst", 1943 "Kriegseinsatz der deutschen Jugend", 1944 schließlich war das "Jahr der Kriegsfreiwilligen".

Die HJ-Propaganda hatte allen Grund, 1944 zum "Jahr der Kriegsfreiwilligen" zu proklamieren. Denn die zunehmende Kriegsmüdigkeit erfaßte allmählich auch die 15- bis 18jährigen, die sich bisher mit jugendlichem Idealismus an den Aktionen der HJ beteiligt hatten. ...<<

Prof. Dr. Harald Scholtz schreibt später über die "Erziehung" durch das NS-Regime (x051/-

161-163): >>Erziehung bedeutet im nationalsozialistischem Verständnis weniger Jugenderziehung als Umerziehung.

Hitler schrieb 1934 seiner Partei die Aufgabe zu, das deutsche Volk "im Sinne der nationalsozialistischen Idee" zu erziehen. Dazu wurde jenseits der bestehenden erzieherisch wirksamen Lebensbezüge eine Ritualisierung des öffentlichen Lebens neu organisiert: Hitlergruß, Marschkolonnen, Fahnenkult, Feiern, Massenkundgebungen. In militärisch strukturierten Lagern wurde trainiert, den Körper zu disziplinieren, sich an Unterordnung zu gewöhnen, die Symbole politischer Machtentfaltung zu verehren.

Diese Einflußnahmen auf Verhalten und Wertorientierungen wurden weithin nicht als Umerziehung wahrgenommen, weil die Propaganda das Bewußtsein auf als modern empfundene, antidemokratische, national-politische und auf den Mythos des "Blutes" bezogene Wertsetzungen fixierte.

Das nationale Ressentiment gegenüber den Ergebnissen des Ersten Weltkrieges sollte die sozioökonomisch und soziokulturell motivierten Interessen an politischen Fragen auslöschen. Dadurch konnten zeitweise die erzieherisch relevanten Bedürfnisse außer Kraft gesetzt werden, über den eigenen Körper zu bestimmen, eine Wechselbeziehung zwischen Selbstentfaltung und gesellschaftlicher Anforderungen herzustellen und darüber zu entscheiden, welche Sinnbezüge für das eigene Leben ausschlaggebend sein sollten.

Die jedem aufgedrängte Priorität des Sinnbezugs auf außenpolitische Machtentfaltung wurde jedoch nicht gerechtfertigt durch eine Planung zur Veränderung der Machtverhältnisse im Innern. So blieb Umerziehung nur wirksam als Kompensation für die Irrationalität einer Gesellschaft, die ihre faktische Modernisierung noch nicht bewältigte.

Umerziehung konnte sich um so eher als nicht unmittelbar zweckgebundene Erziehung zur Entfaltung von Persönlichkeitswerten (in der Form von Sekundärtugenden) ausgeben, als sie in "Lagern", in der Freizeit und außerhalb einer lehrgangsmäßigen, sachbezogenen Unterrichtung ihren Platz hatte. Dort konnte einer - freilich vorstrukturierten - "Selbstführung der Jugend" ein Spielraum zu persönlicher "Bewährung" geboten werden.

Deshalb unterschied man zwischen Dienst und Arbeit, Schulung und Unterrichtung, Führung und pädagogischer Lenkung. So konnte trotz der straffen Organisation der "Formationserziehung" (Alfred Baeumler) das Gefühl entstehen, als "Führer" in einem von der Existenzsicherung entlasteten Freiraum eigene Initiative entfalten zu können.

Die Formationserziehung (ein bedeutend präziserer Begriff als "Gemeinschaftserziehung") lehnte sich einerseits an die soldatische Gehorsamserziehung durch Gewöhnung an, die nicht nach persönlichen Motiven und Gesinnungen fragte, nutzte aber gleichzeitig die Ansprechbarkeit der Jugendlichen für ein gefühlsbezogenes Denken, moralischen Rigorismus, Freude an körperlicher Betätigung, am Leben in der Natur und mit Gleichaltrigen, wie sie von der mittelständischen Jugendbewegung in Deutschland kultiviert worden war.

So wurde die Illusion genährt, für die moderne Gesellschaft seien Rationalität und Selbstkontrolle, theoretische Anstrengung und fachliche Autorität, Arbeitsteiligkeit und industrielle Produktion von minderer Bedeutung. Diese "Umwertung aller Werte" (Baeumler) mußte zu einem Autoritätsverlust der traditionellen Erziehungs-Institutionen führen. Doch nur die Umerziehung in der Jugenderziehung dominieren zu lassen, hätte den Bestand der differenzierten Gesellschaft gefährdet.

Die Geschichte der Erziehung unter der nationalsozialistischen Herrschaft ist deshalb als ein spannungsreiches Ringen einer totalitären Bewegung, die für die Umerziehung eintrat (repräsentiert durch HJ und DAF, teilweise auch durch den NS-Lehrerbund und die Schulbürokratie), mit den mindestens ebenso starken Tendenzen zur Sicherung der Reproduktion einer differenzierten Gesellschaft und, politisch gesehen, zur Loyalitätssicherung bei den vom Autoritätsverlust bedrohten Erwachsenen zu beschreiben.

In einer ersten Phase (1933-36) wurden die neuen Einrichtungen (HJ als Selbstorganisation der Jugend für den Staat, Lager, Wettkämpfe) neben den traditionellen Erziehungsinstitutionen etabliert, die in einer zweiten Phase (1936-40) in ein Konkurrenzverhältnis zueinander traten.

Seit 1940 führte dann die Dominanz der Ausnahmesituation des Krieges tendenziell zur Auflösung der alten Institutionen (Verkürzung des Schulunterrichts, Ausschaltung des Elterneinflusses durch Verlegung des Schulangebots in Internate und Lager, Verhinderung des Einflusses der Kirchen), aber auch zur Entleerung des politischen Engagements von persönlichen Motivationen (Einführung der Jugenddienstpflicht, Begrenzung persönlicher Perspektiven auf die Erringung des "Endsieg"). Umerziehung mündete in einen realitätsblinden Fanatismus oder in den selbstbezogenen Willen zum Überleben ein.

Vom Funktionswandel der Umerziehung her ist die inhaltliche Füllung des nationalsozialistischen Verständnisses von Erziehung zu entschlüsseln (das sich nur bei wenigen Wortführern, z.B. Baeumler, bewußt pragmatisch an dem situativ bedingten "Schicksal" orientierte). Die politische Einflußnahme auf Erziehung kann als Abfolge: Kontrastierung von Erziehungseinflüssen, Versuch zu einer Synthese und Instrumentalisierung für die imperialistische Kriegführung begriffen werden. Die erste Phase setzte Kontraste zwischen "Führen" auf Kommando und pädagogischer Einflußnahme, "Schulen" und "Unterrichten".

Die auf Disziplinierung, Härte und persönliche Bindung an vorbildliche Führer ansprechbare Jugend konnte sich als Avantgarde fühlen.

Vorübergehend konnte sich auch die Schule an der politischen Einordnung der nicht zur HJ gehörigen Schüler beteiligen ("Staatsjugendtag" 1934-36). Bei den schon berufstätigen Jugendlichen wurde durch Einführung des "Reichsberufswettkampfes" von 1934 an die Hoffnung auf größere soziale Mobilität angesprochen.

In der zweiten Phase wurde durch Betonung der "Auslese", die den ganzen Menschen in seiner sozialen Situation betrifft, der Versuch zur Integration politischer Kriterien in den Prozeß der Jugenderziehung unternommen. Der große Bedarf an Funktionären und die Bereitschaft, an der Machtsteigerung des Regimes auf nicht oder wenig bezahlten Posten teilzuhaben, erhöhten die Bedeutung der Auslese bei der Umerziehung.

Die neuen Einrichtungen konnten jetzt mit den traditionellen um den Einfluß auf die Jugendlichen konkurrieren, weil sie neben der politischen Sozialisation Bedürfnisse zur Entwicklung von Fertigkeiten zu wecken verstanden, die den Kanon der schulischen Ausbildung ergänzten (z.B. "Sondereinheiten" der HJ, "Arbeitsgemeinschaften" des BDM-Werkes Glaube und Schönheit). Die Instrumentalisierung des Erziehungssektors für den Krieg und die totale Kontrolle des Freizeitverhaltens der Jugendlichen wurden erprobt.

Der Krieg entlastete das System von der Einlösung der durch die Auslese geweckten Erwartungen auf sozialen Aufstieg. Die Privilegien einer erweiterten Ausbildung wurden breiteren sozialen Schichten angeboten (Lehrerbildungsanstalten, Deutsche Heimschulen, Unteroffiziers-Vorschulen), aber die Jugendphase wurde bald darauf verkürzt. 15-/16-jährige Mittel- und Oberschüler dienten von 1943 an als "Flakhelfer".

Die neuen Internatsschulen, die Lager der Kinderlandverschickung (KLV), das "Pflichtjahr" für Mädchen sowie der Reichsarbeitsdienst (RAD) und das Landjahr wurden auch dazu genutzt, die Präsenz des Reiches in den okkupierten Gebieten zu unterstreichen. Der politische Anspruch an die Erziehung reduzierte sich zunehmend auf eine Bewährung der geforderten Dienstbereitschaft.

Erziehung auf der Ebene der Interaktion wurde jenseits der traditionellen Institutionen immer mehr von der Legitimation durch persönliche Autorität abgekoppelt: Die "Selbstführung" in der HJ basierte auf Einsetzung und Bewährung in Führungsfunktionen. Ständige "Versetzungen" von Unterführern sorgten dafür, daß eine Führer-Gefolgschafts-Bindung nur noch ge-

gegenüber den höchsten Repräsentanten des Regimes kontinuierlich bestand.

Die Fixierung des Bewußtseins auf Symbole (Schlagworte, aber auch die visualisierte Machtdarstellung in der Ritualisierung des öffentlichen Lebens) lief auf die Identifikation mit dem "Führerwillen" zur Rechtfertigung des persönlichen Handelns hinaus, weil der einzelne nur so den von ihm erfahrenen Autoritätskonflikten entgehen konnte. Wenn Selbstwertgefühl ("Ehre") nur innerhalb eines politisch definierten Kollektivs entwickelt werden sollte, war es auf diese Symbole der Zusammengehörigkeit verwiesen.

"Gemeinschaftserziehung" sollte der Ritualisierung konformen Verhaltens zur Erreichung leicht kontrollierbarer Tugenden dienen: Sauberkeit, Disziplin, Kameradschaftlichkeit, Treue, Härte gegen sich selbst, Dienstbereitschaft, aber keineswegs der Kultivierung mitmenschlichen Beziehungen.

Aus sich heraus konnte das System der Umerziehung nicht zu den höherwertigen Leistungen motivieren, die für den Bestand einer differenzierten Gesellschaft unerlässlich sind. Deshalb mußte, entgegen der in ihm angelegten Tendenz zur Ausschaltung persönlicher Motive und Entscheidungen, auf die Idee der Selbstverwirklichung zurückgegriffen werden.

"Auslese" durfte sich nicht nur am erreichten Konformismus orientieren. Sie mußte die aus Frustrationen resultierenden aggressiven Antriebe ebenso auszubeuten suchen wie die vorangegangene Entfaltung von Leistungsdispositionen im Erziehungsprozeß durch Elternhaus und Schule. Doch als Ziel der Auslese mußte dann eine gesicherte soziale Position vorgespiegelt werden, die das Regime zur Einschränkung seiner Verfügungsgewalt über den einzelnen genötigt hätte. Deshalb blieben die Ausbildungseinrichtungen für Spitzenpositionen (Ordensburgen, die Hohe Schule der NSDAP) mehr Propaganda als Realität.

Die Machtausübung der Reichsjugendführung gegenüber den Jugendlichen durch eine programmierte Unterweisung und zahllose Vorschriften war weder theoretisch kontrolliert, noch beruhte sie - wie "Vereinbarungen" zu vielen Einzelfragen zeigen - auf einer erziehungspolitischen Gesamtkonzeption.

Dadurch gelang es zwar, bei den an sozialer Mobilität interessierten Jugendlichen (weniger aber bei denen aus der besitzenden und der proletarischen Schicht) das Prestigestreben für die Entfaltung einer hektischen Betriebsamkeit zu nutzen, aber gleichzeitig wurde die "Muße" als Voraussetzung für die Entwicklung höherer Leistungsdispositionen gefährdet. Sendungsbewußtsein und Dienstbereitschaft waren funktional für eine aggressive Kriegführung; rationales Verhalten im Fall von Mißerfolgen war durch sie nicht programmiert.

Der Sozialdarwinismus erwies sich als untaugliches Rezept, um Niederlagen durchzustehen. Der Rückzug auf eine unpolitische "Innerlichkeit" war teilweise von politisch resignierenden Lehrern schon vorbereitet worden. Dieser Tendenz kam der Machtpragmatiker Baeumler entgegen, der der Schule die Aufgabe zuwies, sich auf die "formale Bildung" zu konzentrieren. Doch die Schule suchte sich der Einbuße an Autorität durch politisch konforme Ideologieproduktion zu erwehren. Diese war jedoch einem raschen Verschleiß ausgesetzt.

Der Flüsterwitz, daß ein "Rust" (Name des für die Schulen von 1934-45 zuständigen Reichsministers) die Zeiteinheit zwischen einem Erlaß und seiner Aufhebung sei, kennzeichnet das vergebliche Bemühen des Ministeriums, der machtpragmatischen Instrumentalisierung des Schulwesens entgegenzuwirken.

Immerhin reichte es dazu aus, die politische Loyalität der weitgehend nur an der Schulgestaltung interessierten Öffentlichkeit in einem beschränkten Umfang zu sichern, trotz der Einführung der nicht mehr konfessionell unterschiedenen Gemeinschaftsschulen, der Auflösung der Privatschulen und der Infragestellung der Mittelschule durch die Einführung der Haupt- neben der Volksschule und trotz der drastischen Reduzierung des Religionsunterrichts.

Die Möglichkeit, früher heiß umstrittene Fragen der Schulgestaltung herunterzuspielen, weil das politische Interesse auf die Außenpolitik abgelenkt werden konnte, wurde voll genutzt. Da

die Umerziehung vornehmlich junge Lehrer beeinflusste und der Lehrerberuf bis zum Krieg weithin von Männern ausgeübt wurde, konnte die Schulerziehung während des Krieges meist wieder zur Leistungsorientierung zurückkehren oder, in den KLV-Lagern, unter älteren Lehrkräften, reformpädagogische Zielsetzungen wiederbeleben.

Die nationalsozialistische Umerziehung hat vornehmlich auf Maßnahmen zu Umgewichtigungen im Erziehungsfeld beruht. Sie hatte deshalb keine traditionsbildende Kraft für die Jugenderziehung über den Zusammenbruch des Systems hinaus.<<

Prof. Dr. Harald Scholtz schreibt später über die nationalsozialistischen Schulen (x051/15-16): >>Adolf-Hitler-Schulen (AHS), ein Schulverband von zehn, zuletzt zwölf "nationalsozialistischen Schulen", denen Hitler am 15.1.37 genehmigte (wie zuvor auch anderen Schulen), seinen Namen zu tragen.

Sie wurden als Vorschulen für die Ordensburgen ausgegeben. Ihre Gründung beruhte auf dem Plan von R. Ley, in jedem Gau eine "Gauburg" und damit ein Schulsystem der NSDAP einzurichten. Dabei sollten auch die vom Staat getragenen Nationalpolitischen Erziehungsanstalten (NPEA) umfunktioniert werden. Reichsminister Rust erklärte jedoch sein Einverständnis nur zu "Aufbauschulen" in Internatsform, mit dem Träger NSDAP, die der Schulung von Parteiführernachwuchs dienen sollten.

Keines dieser Konzepte wurde realisiert. Träger des Schulverbandes blieb bis 1941 die Finanzverwaltung der Deutschen Arbeitsfront. Auf den ebenfalls von ihr finanzierten Ordensburgen wurden die jahrgangsweise aufgebauten AHS bis 1941 gemeinsam untergebracht. Die Schulgestaltung übernahm nicht die NSDAP, sondern die Reichsjugendführung (RJF).

Für die "Revolution der Erziehung" sollte ein Beispiel gesetzt werden: "Die Selbstverantwortung der Jugend ist auch in der Schule denkbar" (von Schirach). Damit meldete 1938 die HJ ihren Anspruch auf die Veränderung der Schulerziehung an. Doch in der Praxis gelangten die AHS kaum über das von den NPEA entwickelte Muster einer verdoppelten Führungsstruktur im Internatsbetrieb hinaus.

Als "Schulführer" wurden HJ-Führer und Lehrkräfte aus den Ordensburgen eingesetzt, die alle HJ-Ränge erhielten und mit Du angesprochen wurden. Aufsichtsfunktionen konnten die für die jeweilige Schule zuständigen Gauleiter nicht übernehmen; sie wurden von einem zur RJF gehörenden "Kommandeur" wahrgenommen. So konnten die "Erzieher" mit unterschiedlichen Ambitionen und meist geringer Sachkenntnis an "Erziehungs- und Lehrplänen" arbeiten; nur der für Kunst- und Werkerziehung ging schließlich, 1944, in Druck.

Über die Ambition, die zentralen Fächer zur "Volkskunde" zusammenzufassen, wurde ebenso wenig Einigkeit erzielt wie über Inhalt und Einführung neuer Fächer wie "Weltanschauliche Schulung" (z.T. "NSDAP" genannt) oder "Religionskunde". Konfessioneller Religionsunterricht wurde nicht erteilt. Latein rangierte als 1. Fremdsprache. Ein breites Angebot zur sportlichen und musischen Betätigung war auch hier, wie in den NPEA, garantiert. Ähnlich wie dort gehörten "Einsätze zum Erziehungskonzept, doch nicht nur als Gegengewicht zur Isolierung im Internat, sondern auch zur persönlichen "Bewährung", meist in HJ-Führungsfunktionen. In "Leistungswochen" maßen sich die AHS untereinander.

Erst 1941 avancierten die AHS zu "Reichsschulen der NSDAP". So war nur eine Schule in Feldafing bezeichnet worden, die seit 1936 von der Parteiführung protegiert und finanziert wurde.

Nach 1941 konnten einige AHS auch in geräumten Heilanstalten und Klosterschulen untergebracht werden. Jetzt hörte die Zuweisung der Schüler einer Region an eine bestimmte Schule auf, auch nahm man einzelne deutsch sprechende Schüler aus besetzten Ländern auf. Dadurch trat die Unterschiedlichkeit der Maßstäbe, nach denen die HJ unter Kontrolle der jeweiligen Gauleitung die Schülersauslese durchgeführt hatte, noch deutlicher in Erscheinung.

Das Erziehungskonzept beruhte im Wesentlichen darauf, daß der Einzelne sich als den "Be-

sten" zugehörig ausweisen sollte. 1941 bestätigte das Ministerium, daß die (nach fünfjähriger Schulzeit vergebene) "Abschlußbeurteilung" zum Studium an einer Hochschule berechtige. Den meisten Schülern wurde außerdem ein "Diplom" ausgehändigt.

Dem Konzept der "Bewährung", das sich schließlich innerhalb der fünf Jahre noch auf die Wahrnehmung von Führungsfunktionen in der Kinderlandverschickung und ab 1943 auf den Einsatz als Flakhelfer erstreckte, ist die Solidität einer unterrichtlichen Unterweisung geopfert worden, für die es keine verbindliche Zielvorstellung gab. Den Absolventen stand die Berufswahl frei.<<

Prof. Dr. Harald Scholtz schreibt später über die Nationalpolitischen Erziehungsanstalten (x051/401-402): >>Nationalpolitische Erziehungsanstalten (NPEA, auch Napola), höhere Schulen in Internatsform, denen die Kultusministerien der Länder einen politischen Sonderstatus als Ausleseschulen zuerkannten.

Am 19.4.33 wurden in Preußen die ersten "Staatlichen Bildungsanstalten", die aus den 1919 verbotenen Kadettenanstalten entstanden waren, umgewandelt in dem Ministerium direkt unterstellte Schulen, deren Lehrer und Schüler "neu zusammengesetzt" und mit einer "Hitleruniform" versehen werden sollten. Ihr Unterrichtsplan sollte "völlig neu" gestaltet werden, wurde aber 1939 dem Lehrplan der Oberschulen bzw. Gymnasien wieder angepaßt.

Preußen richtete eine "Inspektion" für diesen Schulverband ein, die 1936 vom Organisationsleiter der SS, Heißmeyer, zunächst im Nebenamt, übernommen wurde. Im November 38 konnte er die Schulaufsicht über alle Schulen des neuen Typs, auch in den außerpreußischen Ländern, beanspruchen. 1944 gab es in Preußen 13, in den anderen Ländern neun und außerhalb des "Altreiches" 13 NPEA, davon eine für Mädchen. Vier Anstalten waren Gymnasien, drei hatten Aufbauzweige und zwei "Sonderzüge" für die fliegerische Ausbildung eingerichtet.

Der ursprüngliche Plan, die Schulen nach dem Vorbild der englischen public schools in weitgehender Eigeninitiative der Anstaltsleiter als "nationalpolitische" Organisation von Lehrern und Schülern aufzubauen und altersmäßig gemischte Erziehungsgruppen unter jugendlichen Führern einzurichten, wurde bald zugunsten einer schematischen Lösung der Führung von "Zügen" und "Hundertschaften" durch Erzieher und durch Schüler aufgegeben. Heißmeyer verfügte 1936 die Eingliederung der Schüler in die HJ, nicht aber der Erzieher, wie es an den mit den NPEA konkurrierenden Adolf-Hitler-Schulen geschah.

Die Betonung des Wehrsports und der musischen Ausbildung erfuhr durch drei außerschulische "Einsätze" noch eine Ausweitung: Landdienst im "Osten", Fliegerschulung und Arbeit im Industriebetrieb, später im Bergwerk. Auch die Tradition der Schülerfahrten ins Ausland wurde fast ausschließlich von der NPEA weitergeführt.

Reichsminister Rust bezeichnete sie als Versuchs-, aber auch als Musteranstalten, in denen die Verkoppelung von Schulunterricht, nationalsozialistischer "Formationserziehung" und Bewährung in "Einsätzen" erprobt werden konnte, wie sie von 1941 an tatsächlich in vielfältigen Typen von Internatsschulen (Deutsche Heimschulen, Lehrerbildungsanstalten, Lager der Kinderlandverschickung) praktiziert wurde. Das Prestige von Ausleseschulen wurde z.T. durch strenge innerschulische Auslese gewahrt, den Absolventen (1 % der Abiturienten) aber die Berufswahl freigestellt. Erst ab 1943 war der Besuch generell kostenlos.

Dem Verband der NPEA sind auch die "Reichsschulen" zuzurechnen, von denen zwei in den Niederlanden und eine 1943 in Belgien eingerichtet wurden. Schon zuvor waren "Tochtergründungen" einzelner NPEA jenseits der Reichsgrenzen erfolgt. Die Verlegung von Schuleinrichtungen in politisch renitente Gebiete spricht dafür, daß nach 1941 ihre politische Funktion als Jugendgarnison höher bewertet wurde als die Ausbildung einer "Elite".<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Alfred Baeumler (x051/57): >>Baeumler, Alfred, geboren in Neustadt an der Tafelfichte (Böhmen) 19.11.1887, gestorben

Eningen bei Reutlingen 19.3.1968, deutscher Philosoph und Pädagoge; 1929 Professor an der Technischen Hochschule Dresden, 1933 Professor für "politische Pädagogik" in Berlin und bald darauf Hauptstellenleiter des "Amtes Wissenschaft" bei Rosenberg.

Baeumler begrüßte im Mai 33 die Bücherverbrennung als Beseitigung von "Giftstoffen" und forderte auch im Geistesleben die "Ersetzung des Gebildeten durch den Typus des Soldaten". Nach Baeumler führte ein direkter Weg von Nietzsches "Willen zur Macht" zur nationalsozialistischen Machtergreifung, die ein "männliches Zeitalter" eingeleitet habe. Insbesondere als Sportideologe machte sich Baeumler einen Namen durch die Entwicklung der "politischen Leibeserziehung", die das "individualistische Rekordstreben" ebenso verwarf wie das Spielen, das Frauen und Kindern zu überlassen sei.

Er propagierte statt dessen die "politisch ausgerichtete Mannschaft", wie sie schon "Turnvater" Jahn geprägt habe und die der "völkischen Kraftentfaltung" diene. Sport wurde so ganz im Sinn des nationalsozialistischen Wehrsport-Konzepts zur militärischen Hilfsdisziplin und konnte "rassische Überlegenheit" demonstrieren helfen. Neben zahlreichen Einzelpublikationen gab Baeumler die kulturpolitische radikale Zeitschrift "Weltanschauung und Schule" heraus.<<